

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Vorstand)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt 25 Pf., Familienamt 15 Pf.
Vereinsamt 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 4720.

Nr. 97.

Berlin, Mittwoch, 4. Dezember 1912.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Der Kampf um die Landarbeiter. — Der Kampf gegen den Terrorismus. — Aus der Praxis der Arbeiter-Verständigung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkschafts-Zeitung. — Verbands-Zeitung. — Literatur. — Anzeigen.

Schwere Arbeitskämpfe

Droht das Frühjahr zu bringen, da die Tarifverträge für große Industrien ablaufen und das Unternehmertum offenbar die Gelegenheit wahrnehmen will, einen Schlag gegen die Organisationen der Arbeiter zu führen. — In den Parlamenten werden in den kommenden Monaten wichtige

Sozial- und wirtschaftspolitische Fragen

zur Erörterung gelangen, über die der vorwärts-tretende Arbeiter gründlich unterrichtet sein muß. — Auch die unvermeidlichen

Auseinandersetzungen mit untern Gegnern

machen es erforderlich, daß den Kollegen fortwährend neues Material geliefert wird. Das geschieht am besten durch das Verbandsorgan. Deshalb ist es Pflicht aller derjenigen, die über unsere Sache Aufklärung verbreiten und für unsere Ideen kämpfen wollen, das Abonnement auf den

„Gewerksverein“

zu bestellen bzw. zu erneuern, aber auch andere Kollegen als Abonnenten zu werben.

Jeder ständige Leser des Verbandsorgans wird ein Vorkämpfer für unsere Bestrebungen. Darum wohl an die Werbearbeit!

an die Werbearbeit!

Das Abonnement ist aufzugeben beim Briefträger oder dem zuständigen Postamt. Es kostet nur 75 Pf., für das Vierteljahr, bei wöchentlich zweimaliger Zustellung durch den Briefträger 93 Pfennig.

Der Kampf um die Landarbeiter.

Erst neulich konnten wir berichten, daß der weitere Ausschluß der konservativen Partei sich mit der Landarbeiterfrage beschäftigt und auf Mittel und Wege gesonnen hat, wie man die Landarbeiter besser an die Scholle fesseln könne. Vor etwa 14 Tagen hat man weitere Schritte nach dieser Richtung getan. Als Vorsitzender des Landesökonomikollegiums hat Graf Schwerin-Völsow eine Konferenz nach dem preussischen Abgeordnetenhause eingeladen, die über eine stärkere Verzahnung der Landarbeiter zu den eingeladenen Organisationen und über ihre geistige, wirtschaftliche und soziale Förderung beraten sollte. Wie man sich diese Förderung denkt, das kann man am besten erkennen an den Organisationen selbst, die auf jener Konferenz vertreten waren. In dem offiziellen Bericht werden aufgeführt außer den Ministerien für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, des Innern und für Handel und Gewerbe das Landesökonomikollegium, die ländlichen Genossenschaften, der Bund der Landwirte, die Deutsche Arbeiterzentrale, der Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten, der Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege, der pommerische Bauernverband und schließlich von den großen vaterländischen Organisationen der

Stiftungsbund der deutschen Landesfruchtverbände, der Förderungsausschuß für die vaterländische Arbeiterbewegung, der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und der Deutsche Wehrverein, im ganzen etwa 40 Teilnehmer.

Merkwürdig für den Geist, der auf der Konferenz herrschte, und für die Absichten, die man hat, ist ferner die Tatsache, daß die fanatischsten Führer des Bundes der Landwirte das große Wort führten und u. a. der bekannte Freiherr v. Wangenheim ein längeres Referat hielt über „die zweckmäßigste Form eines wirtschaftlichen und sozialen Anschlusses der Landarbeiter“. Dasselbe klang aus in einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde und u. a. bejaht:

„Da das Wohlergehen der Landarbeiter auf das engste mit dem der gesamten Landwirtschaft, des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebes und der Betriebsinhaber verbunden ist, so kann ihnen Interesse an der Dauer auch nur durch möglichst festen Zusammenhalt mit den übrigen Teilen des landwirtschaftlichen Berufsstandes gedeckt werden. Ebenso hat die Gesamtheit ein dringendes Interesse daran, der Hebung der Wirtschaft auf das Land entgegenzutreten, den wirtschaftlichen und sozialen Frieden dem Land zu erhalten, und die einseitige Vertretung und Förderung aller Teile des landwirtschaftlichen Berufsstandes, einschließlich der Arbeiter, gewahrt zu sehen.“

Der Stärkung der Interzessionsgemeinschaft dienen am besten die Teilnahme der Arbeiter am Ertrage des Grund und Bodens, sowohl durch Landanpflanzung und Naturallohnung als auch Ermöglichung des Aufstieges zu selbständigem Besitz, ferner das Zusammenarbeiten und der gegenseitige Anschluß in den allgemeinen ländlichen Organisationen.

Deshalb ist es Aufgabe der letzteren, soweit es noch nicht genügend geschehen ist, die Landarbeiter möglichst zur Mitarbeit an ihren Aufgaben heranzuziehen und ihre Einrichtungen auch auf die Bedürfnisse der Arbeiter zuzuschneiden.

Die Konferenz richtet an alle ländlichen Organisationen und die selbständigen Landwirte die Aufforderung, nach Möglichkeit sich der wirtschaftlichen Interessen der Landarbeiter anzunehmen und auch in sozialer Hinsicht möglichst enge Fühlung mit ihnen zu halten.“

Wenn man das Interesse des Landarbeiters durch Landanpflanzung und Ermöglichung des Aufstieges zu selbständigem Besitz heben will, so läßt sich dagegen nichts sagen. Auch wir erblicken darin ein Mittel, die Arbeiter auf dem Lande zu erhalten. Stark zweifeln wir aber daran, daß die Herren, die auf jener Konferenz vertreten waren, auch damit einverstanden sind, daß die großen Güter verkleinert und ein leistungsfähiger Bauernstand an ihrer Stelle angepflanzt und gefördert wird. Alles, was die Herren sonst vordrängen, ist für die Masse und wird nun und nimmer dazu beitragen, ihre Klagen über die Not zu vermindern zu machen. Grundsätzlich an der ganzen Konferenz ist nur die Tatsache, daß man endlich einmal überhört daran denkt, dem Landarbeiter etwas mehr zu bieten. Die bittere Not ist es, die dazu drängt. Auf dem eingeschlagenen Wege allerdings werden die Herren ihr Ziel nicht erreichen. Hoffentlich durch, daß, wenn man ein Uebel beizugehen will, man vor allen Dingen die Ursachen dieses Übels aus der Welt schaffen muß.

Die Herren Großgrundbesitzer haben diese Ursachen entweder noch nicht erkannt, oder sie verschließen sich nach Art des Bogels Strauß absichtlich ihrer Erkenntnis. Sicherlich gibt es unter ihnen noch viele Elemente, die nach wie vor der Meinung sind, daß lediglich Vermögensschutz und der Wunsch nach Abwechslung die Arbeiter vom Lande

in die Städte treibt. Sollten aber Männer, die im öffentlichen Leben stehen und die wirtschaftlichen Ereignisse und Vorgänge gründlich zu studieren Gelegenheit haben, wirklich nicht einsehen, daß die Ursachen für die Not auf dem Lande tiefer liegen? Sollten sie sich wirklich der Einsicht verschließen, daß das geringe Einkommen, die oft unwürdige Behandlung und vor allen Dingen die der modernen Zeit geradezu höhnischenden Rechtsverhältnisse die Arbeiter vom Lande wegbringen? Wie sehen denn die Dinge dort aus? Die Löhne sind ungemein niedrig und werden überall noch zum Teil in Naturalien gezahlt. Die Möglichkeit, sich eine gewisse Selbstständigkeit und ein eigenes Heim zu gründen, wird dadurch immer geringer. Gefördert wird diese Entwicklung noch, je mehr Land in die Hände des Großgrundbesitzes kommt, je größer die Fideikommissverhältnisse werden. Das beweist die Tatsache, daß gerade in solchen Bezirken die Landflucht umso größer ist. Die Selbstmachung wird aber, wie der Reichstagsabgeordnete Dr. Wendorf, selbst ein praktischer Landwirt, in unsem „Ländchen“ ausführt, auch durch unierschöllnerische Politik erwidert, welche die Breite für den landwirtschaftlichen Boden so ungünstig in die Höhe treibt.

Tann die Behandlung! Was hat man nicht alles schon aus Gerichtsverhandlungen über Ausbreitungen von Gutsherren und Gutsinpektoren gegen Arbeiter gesehen! Aber ganz abgesehen von solchen groben Exzessen erblicken vielfach die feudalen Herren in dem Arbeiter ein Weien niedriger Ordnung, dem sie alles Mögliche bieten zu können glauben. Daß denkende und vorwärtsstrebende Menschen solche Zustände auf die Dauer nicht ertragen können und förmlich nach einer Gelegenheit suchen, das lästige Joch abzuschütteln, ist selbstverständlich. Daß ferner ein junger Mensch, der vielleicht durch seine Dienstzeit den Unterschied zwischen Stadt und Land kennen gelernt hat, keine große Lust mehr besitzt, auf das Land zurückzukehren, sich in der Stadt Arbeitsgelegenheit selbst unter unangünstigen Bedingungen sucht und später das eine oder das andere Familienmitglied nach sich zieht, wird keinen objektiv Urteilenden wunder nehmen.

Weiter die Rechtsverhältnisse! Der gewerbliche Arbeiter hat das Recht sich mit seinen Berufsgenossen zur Erringung besserer Arbeitsbedingungen zusammenzutun. Den Landarbeitern ist dieses Koalitionsrecht, wenigstens soweit die alten preussischen Landestheile in Betracht kommen, noch völlig vorenthalten. Wer sich doch mit ändern zu Arbeitseinstellungen verabredet oder andere zu solchen Verabredungen auffordert, kann mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden. Man nimmt damit den Arbeitern das Recht, auf dem Wege der genossenschaftlichen Selbsthilfe eine Verbesserung ihrer sozialen Lage und namentlich eine Erhöhung ihres Einkommens herbeizuführen. Anstatt dessen hält man Gesindeordnungen aufrecht, denen die ländlichen Arbeiter unterworfen sind, die vielleicht vor 100 Jahren noch angebracht gewesen sind, in die heutige Zeit aber nicht mehr hineinpassen. Die Landarbeiter sind nicht mehr so von aller Welt abgeschlossen, daß sie den Unterschied, der zwischen der eigenen Rechtslage und der der gewerblichen Arbeiter besteht, nicht erkennen. Sie empfinden das Unwürdige der Zustände, unter denen sie zu leiden haben, und werden dadurch natürlich geneigter, den ländlichen Staub von den Schuhen zu schütteln und in die Stadt abzuwandern.

Aber auch in der Gesetzgebung der letzten Jahre behandelt man die Landarbeiter wie Stiefkinder. Die Rechte, die ihnen durch die Reichs-

berficherungsordnung eingeräumt werden. sind erheblich geringer als die gewerblichen Arbeiter. Das gilt sowohl für die Unfallfürsorge als auch namentlich für die Krankenversicherung. Man denke nur an die Landfrankenlisten, in denen von einer Selbstverwaltung keine Rede sein kann, sondern das agrarische Element nach Belieben schalten und walten kann. Auch die Leistungen der Landfrankenlisten stehen wesentlich hinter denen der andern zurück.

Unter solchen Umständen wäre es geradezu ein Wunder, wenn die Arbeiter auf dem Lande blieben. So schwer für sie auch bisweilen der Kampf ums Dasein in den Städten ist, sie nehmen ihn gern auf sich, wenn sie den menschenunwürdigen Zuständen auf dem Lande entgehen können. Sicherlich sind mit darauf die gewaltigen Vertriebenheiten in den Bevölkerungsverhältnissen des Deutschen Reiches zurückzuführen, auf die wir schon mehrfach hingewiesen haben. An diesen Vertriebenheiten werden auch die Herren Großgrundbesitzer durch solche Mittel, wie sie sie neulich in Berlin beraten haben, nichts ändern. Wollen sie eine Besserung der Verhältnisse herbeiführen, so müssen sie den Sadel tiefer einsetzen. Sie müssen die Gründe für die Unzufriedenheit der ländlichen Arbeiter beseitigen, dafür sorgen, daß sie ein anfängliches Einkommen haben und damit die Möglichkeit gewinnen, einen größeren Besitz zu erwerben, und vor allen Dingen ihnen dieselben Rechte einräumen, welche die gewerblichen Arbeiter heute besitzen.

Es ist selbstverständlich, daß wir als Arbeiterorganisation alle Bestrebungen der Landarbeiter auf Verbesserung ihrer Lage unterstützen. Und wir wünschen, daß eine tüchtige und leistungsfähige Arbeiterbewegung auf dem Lande vorhanden ist, nicht nur im Interesse der Landwirtschaft selbst, sondern auch im Interesse der industriellen Arbeiter, denen durch die Zuwanderung von Arbeitskräften vom flachen Lande eine starke Konkurrenz erwächst. Deshalb werden wir auch unablässig bemüht sein, die Gesetzgebung zugunsten der ländlichen Arbeiter zu beeinflussen und nicht eher ruhen, bis auch ihnen ein freies Koalitionsrecht gewährt wird, mittels dessen es ihnen möglich ist, durch genossenschaftliche Selbsthilfe sich menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Erst wenn diese Möglichkeit besteht, wird sich der Arbeiter auch auf dem Lande wieder wohlfühlen.

Der Kampf gegen den Terrorismus.

Ueber dieses Thema sprach in einer von ungefähr 2000 Personen besuchten öffentlichen Versammlung der bekannte Oberverwaltungsgerichtsrat Blüher-Dresden kürzlich in Mittweida. Drei Viertel der Besucher waren Sozialdemokraten; dennoch muß anerkannt werden, daß die Versammlung trotz des heißen Themas ziemlich ruhig verlief. Oberverwaltungsgerichtsrat Blüher hat vor kurzem im Auftrag des Verbandes Sächsischer Industrieller ein Sachgutachten ausgearbeitet, betitelt: „Der Schutz der Arbeitswilligen“. Dieses Gutachten ist in Buchform erschienen und im Buchhandel erhältlich. Es bildet ein wichtiges Dokument zur Geschichte der Koalitionsfreiheit und des Terrors in seinen verschiedenen Formen und Anwendungen. Die Blüher in seinem Gutachten diese Frage behandelt wurde sie auch im Vortrage erörtert. Anerkennung muß auch hier werden, daß der Vortrag durchaus sachlich und objektiv und feineswegs in der bekannten Reichsverbandsmanner gehalten wurde. Nicht nur der Terror, der so oft von sozialdemokratischen Gewerkschaftlern gegen andersdenkende und andersorganisierte Arbeiter ausgeübt wird, wurde erwähnt, sondern ebenso alle Mittel, die von Seiten der Unternehmer angewendet werden, wie schwarze Listen, Arbeitsnachweise, Materialverweigerung, Organisationsverbot sowohl gegen die Arbeiter wie auch gegen die Arbeitgeber, gesellschaftlicher wie wirtschaftlicher Boykott, Aussperrung, wurden in ausgiebiger Breite in dem Vortrage gekennzeichnet. Der politische Terrorismus der Sozialdemokraten und des Bundes der Landwirte wie der Konfessionarier fand ebenfalls scharfe Kritik.

Zur Bekämpfung des Terrorismus hält Blüher die jetzigen Gesetze für ausreichend; er verlangt jedoch einen schärferen polizeilichen Schutz und eine beschleunigte Aburteilung der Ausdehnungen bei Streiks und Arbeitskämpfen. Vor einem Verbote des Streikpostens, wie viele Unternehmer es wünschen, will Blüher nichts wissen. Dagegen fordert er die Beseitigung des Absatzes 2 des § 152 und gänzliche Beseitigung des § 153 der Reichsgewerbeordnung. Zu gleicher Zeit wünscht er die Einführung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und die Ausdehnung der Rechtsprechung auf die nichtrechtsfähigen Vereine, schärfere Anwendung der §§ 240 und 241 des Strafgesetzbuches bei gewerblichem und politischem

Terror. für letzteren auch den § 107 des Strafgesetzbuches, Verbot der Materialien- und Stundenverweigerung sowie der Berufserklärung. Zum Schluß wandte sich Blüher gegen alle einseitigen Ausnahmebestimmungen, die nur gegen die Arbeiter angewandt werden sollten, und verwahrte sich gegen die maßlose Kritik, die sein Gutachten sowohl von konfessionarier wie sozialdemokratischer Seite erfahren hat, in sehr scharfer Weise.

In der Diskussion sprach zunächst der Vertreter des Wahlkreises, der sozialdemokratische Reichstagsabg. Stücklen. Wer gedacht hatte, daß Herr Stücklen etwas tiefergehendes das Thema behandeln würde, ist nicht auf seine Rechnung gekommen. Klassenkampf, Klassenmilitarismus, Klassenberedsamkeit waren die Schlagworte, mit denen er dem Referenten auf den Leib rückte. Neu war, daß Herr Stücklen von seiner Partei ange stellt ist, um alle vorgekommenen Terrorismussfälle berufsmäßig zu untersuchen und zu registrieren. Was weiter mit dieser Materialsammlung geschieht, darüber hat sich der Herr nicht ausgesprochen. Daß er zum Schluß die Ansicht vertrat, daß allein die Sozialdemokratie imstande sei, etwaige Verleumdungen des Koalitionsrechts zu verhindern, fällt weiter nicht auf.

Als nächster Diskussionsredner sprach der Bezirksleiter Kollege Sauer-Weizsäcker, der den Gedanken vertrat, daß alle offenen und geheimen Wünsche zur Verleumdung des Koalitionsrechts nicht etwa nur von den sozialdemokratischen Arbeitern zurückgewiesen würden, sondern daß noch weit energischer alle Arbeiterberufsorganisationen, die auf dem Boden eines wirklich freien und uneingeschränkten Koalitionsrechts stehen, solchen Absichten Widerstand leisten, wie denn auch die Sozialdemokratie es niemals allein fertig bringen wird, Verleumdungen des Koalitionsrechts aufzuhalten. Sie sei jetzt auf die Mitwirkung anderer, bürgerlicher Parteien angewiesen. Es könne sich jedoch nicht nur darum handeln, etwaige Verleumdungen zu verhindern; vielmehr müsse es Aufgabe aller freiheitlichen Kräfte sein, einen weiteren Ausbau des Koalitionsrechts herbeizuführen. Wenn nun auch anzuerkennen sei, daß der Referent in sachlicher Weise die Frage behandelt hat, so könne doch auch ein nicht-sozialdemokratischer Arbeiter seinen Vorschlägen zur Bekämpfung des Terrorismus nicht allein zustimmen, weil doch bei einigen der Vorkläger der Herbeiführung der Beschränkung der Arbeiterrechte heransieht. Wer andererseits wie Herr Stücklen die Terrorismussfälle sorgsam registriert, der müsse doch wohl auch den Terror, der vielfach von Arbeitern gegen andersorganisierte Kollegen ausgeübt wird, scharf verurteilen. Aus den Worten des Herrn Stücklen war aber eine Verurteilung dieser Dinge nicht herauszuhören. Das sei recht bedauerlich; denn die Mitglieder der Deutschen Gewerkschaften, insbesondere im Königreich Sachsen, könnten ein Lied von dem Trunk singen, den ihre sozialdemokratischen Brüder ausüben. Eine wirkliche Bekämpfung des Terrorismus sei seiner Ansicht nach nur von der Schaffung eines Arbeitsrechts, wie es von den Deutschen Gewerkschaften gefordert wird, zu erhoffen. Wer also wirklich Wandel schaffen will, der muß mit uns für die Reform eines Arbeitsrechts sein, wie sie auch der zweite sächsische nationale Arbeiter- und Gehilfen tag auf seiner Tagung in Chemnitz gefordert hat.

Die fremdliche Aufforderung unseres Kollegen Sauer, daß sich Herr Stücklen gegen den Terrorismus gegen andersorganisierte Arbeiter, der von seinen Parteigenossen vielfach geübt wird, wenden möchte, bewog diesen nicht, sich zu einer diesbezüglichen Äußerung aufzuwinden. Er blieb stumm. Nun, seine Antwort ist auch eine; demnach billigt also Herr Stücklen diesen Terror.

Zum Schlußwort erklärte Oberverwaltungsgerichtsrat Blüher, daß Herr Stücklen durch seine Ausführungen die im Vortrage geäußerten Gedanken nicht widerlegt habe. Mit Herrn Sauer sei er der Meinung, daß das Koalitionsrecht weiter ausgebaut werden müsse. Daß man dabei über Einzelheiten verschiedener Meinung sei, könne nicht von Bedeutung sein. Ruhig und leidenschaftlos aber müsse diese sehr schwierige Frage behandelt werden.

Diese Verfallung war deswegen sehr bedeutungsvoll, weil allen Scharfmachern und Feinden des Koalitionsrechts, von der ähnerlichen Rechten und Linken, in gründlicher Weise ihr gefährliches Tun und Treiben vor Augen geführt worden ist. Im übrigen ist allen unsern Mitgliedern dringend zu empfehlen, alle Terrorismussfälle nicht nur unsern leitenden Instanzen, sondern auch Herrn Stücklen mitzuteilen, damit derselbe sie weiter sorgsam registrieren kann. Vielleicht schwingt er sich dann doch noch zu einer mißbilligenden Äußerung auf.

E. E. Weizsäcker.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

Das Reichsversicherungsamt ist im Rekursverfahren zur Anerkennung von Ansprüchen der Hinterbliebenen eines Unfallverletzten an früherer Entscheidung im Rentenstreitverfahren nicht gebunden. Es sind vielmehr alle Fragen von neuem selbständig zu prüfen. Bei dieser Rechtslage ist es z. B. sehr wohl möglich, daß im Rentenstreitverfahren ein Unfall als Betriebsunfall anerkannt, im Verfahren zur Erlangung von Hinterbliebenenrente auf Grund neuer Feststellungen durch das Reichsversicherungsamt verneint wird.

Diese Frage spielte in einem Streitverfahren eine Rolle, in welchem die Rechte der hinterbliebenen Witwe und zweier Kinder eines verstorbenen Kollegen durch uns vertreten wurden. Der Unfall selbst liegt schon eine ganze Zeit zurück, und sind inzwischen die Erlangung der Rente für den Verletzten selbst und die dafür maßgebenden Gründe bereits in Nr. 98 des „Gewerkschafters“ 1910 eingehend besprochen worden. Wir wiederholen zur Information nochmals kurz: Am 5. März 1909 farbete der Arbeiter W. einen Gasmotor ein, der einen Aufzug in Bewegung setzen sollte. Die Antriebskurbel schlug zurück, jedoch der Arbeiter eine starke Erschütterung der Arme und des ganzen Körpers erlitt. Bei dem Verunglückten trat als Folge des Betriebsvorganges ein Blutsturz ein, der zu einer Verblutung eines bereits vorhandenen Lungenleidens führte. Berufsgenossenschaft und Schiedsgericht wiesen den Verletzten mit seinen Ansprüchen ab. Das Reichsversicherungsamt verurteilte jedoch die Berufsgenossenschaft zur Entschädigung, weil der Blutsturz ein vorhandenes Lungenleiden verschlimmert hatte, das Leiden selbst vor dem Unfall noch nicht soweit vorgeschritten war, daß ohne äußere Einwirkung das Lungenleiden entstanden wäre.

Die Entscheidung des Reichsversicherungsamts datiert vom 20. Oktober 1910. Die Berufsgenossenschaft war nur dem Grunde nach verurteilt. Nun begann erst der Kampf um die Höhe der Rente. Die Genossenschaft wollte nur eine 25proz. Rente zahlen. Während des Streitverfahrens verstarb W. und zwar am 8. April 1911. Die beantragte Hinterbliebenenrente wurde seitens der Berufsgenossenschaft abgelehnt, weil der Tod nicht im ursächlichen Zusammenhang mit dem Betriebsunfall stehe. Für diese Behauptungen brachte die Genossenschaft ein bezugsärztliches Gutachten ein. Am 16. August 1911 kam die Unfallkache zur Entscheidung vor dem Schiedsgericht zu Berlin. Das Schiedsgericht erkannte zunächst auf die Zahlung der 25proz. Rente für die Zeit der Heilbehandlung und einer 40proz. Rente für die Zeit bis zum Tode des Verletzten. Weiter wurde in einem besonderen Termin am gleichen Tage den Hinterbliebenen die Hinterbliebenenrente zuerkannt. Mit seinem Vertrauensarzte nahm auch das Schiedsgericht an, daß der tuberkulöse Krankheitsprozeß der Lungen durch die starke Erschütterung eine schnellere Ausbreitung erfahren hat, so daß durch den Unfall der Tod wesentlich beschleunigt wurde.

Gegen die Gewährung der Hinterbliebenenrente legte die Berufsgenossenschaft Rekurs ein. Auf Grund eines beigebrachten Gutachtens behauptete sie, daß es sich bei dem Verstorbenen um ein fortgeschrittenes tuberkulöses Allgemeingleiden handelte, das ohne jede Rücksicht auf einen Betriebsunfall nach der Tauer seines Bestehens zum Tode führen mußte. Eine Beschleunigung hat dieses Leiden durch den Unfall nicht erfahren. Der Gutachter der Berufsgenossenschaft nahm an, daß das Leiden im Selbstloß geessen habe, da der Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft bereits im Jahre 1909 eine Heilzeit erwähnt hat.

Das Reichsversicherungsamt holte ein Obergutachten ein. Herr Professor Dr. L. H. C. Cottbus erklärte, daß die ganze sichtlich seit dem Unfall sich schrittweise und manhaltam verschlimmernde offenbar aktive tuberkulöse Erkrankung, welche zum Tode geführt hat, als eine Folge des Unfalles vom 5. März 1909 anzufassen ist. Auf Grund dieses Attestes kam das Reichsversicherungsamt am 26. September d. J. zu einer für die Hinterbliebenen günstigen Entscheidung. Der Rekurs der Berufsgenossenschaft wurde zurückgewiesen, weil der Tod Ws. als die Folge eines Betriebsunfalles anzusehen ist und sich daraus die Pflicht der Beklagten ergibt, die Hinterbliebenen zu entschädigen.

Zum Urteil wurde besonders hervorgehoben, nachdem auf die frühere durch das Reichsversicherungsamt selbst anerkannte Verschlimmerung des Lungenleidens infolge des Betriebsvorganges hin-

gemiese
fabre
sprü
hand
die
prüfe
dun
g
Stiftell
stättig
den
irri
lichen
E
sen
un
endgült

Ein
oder
frage
das
neu
verlassen
kommen
Wir
bitt
schiffe
n
breitung
ist
geru
vereinen
verbreite
gehen
zu
werkere
meritiam

Die
samt
drei
entwird
die
dabei
genau
antworte
wieder
d
scharf
poli
sche
sei
n
gehalten
bereits
man
nach
Grenzen
sig
sei
bedingte
fleisch
wenig
Nicht
ein
influenz
in
tabel.

Zu
führunge
teressan
zwischen
wirtschaft
Staats
entwiede
teuerung
Zweite
darauf
abende
gebene
Sies
agen
die
gebe
stündem
Eintrieb
des
höchsten
der
Zuba
zube
schr
Kri
Gri
Leider
nen
auf
drud
Agrarier
So
dorab
dar
dem
alte

Zu
noch
eine
fratidien
möge
die
durch
der
schänung
Stimmen
Die
Min
demokrat

gewiesen ist: Im gegenwärtigen Verfahren, in dem es sich um die Ansprüche der Hinterbliebenen handelt, hatte das Rekursgericht die Fragen von neuem selbständig zu prüfen, ohne an die frühere Entscheidung gebunden zu sein. Die erneuten Feststellungen haben die früheren Ermittlungen bestätigt, das Obergericht hat sich den früheren Verfahren gehörten zahlreichen ärztlichen Sachverständigen im wesentlichen angeschlossen, und erst dadurch wurde den Hinterbliebenen endgültig die Hinterbliebenrente gesichert.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 3. Dezember 1912.

Ein neues Flugblatt! „Links, rechts oder grade aus? Eine Gewissensfrage an die deutschen Arbeiter“, ist das neue Flugblatt betitelt, das soeben die Presse verlassen hat und unsern Verbandskollegen ein willkommenes Hilfsmittel für die Agitation sein wird. Wir bitten die Ortsverbände- und Ortsvereinsauschüsse um Mitteilung, wieviel Exemplare zur Verbreitung gewünscht werden. Die Verbandsleitung ist gern bereit, solchen Ortsverbänden bzw. Ortsvereinen, die eine größere Auflage systematisch verbreiten wollen, die gewünschte Anzahl sofort zu geben zu lassen. Wir bitten auch die einzelnen Gewervereinsorgane, auf das neue Flugblatt aufmerksam machen zu wollen.

Die Feuerungsdebatten im Reichstage haben seit drei Tagen in Anspruch genommen. Leider entspricht der Erfolg nicht den vielen schönen Reden, die dabei gehalten worden sind. Der Endeffekt ist genau derselbe wie in früheren Jahren. In der Antwortung der Interpellationen hat auch diesmal wieder der Reichstanzler erklärt, daß unsere Wirtschaft eine gesunde und dem Reiche zuträglich sei und daß deswegen unüberbrücklich daran festgehalten werden müsse. Was die von der Regierung bereits getroffenen Maßnahmen anbelangt, so ist man nach seiner Meinung in der Hoffnung der Grenzen soweit gegangen, wie es überhaupt möglich ist. Von der Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes und von der Einfuhr von Geflügel will der Reichstanzler nichts wissen, ebenso wenig von einer Aufhebung der Futtermittelzölle. Nicht einmal die Vereinfachung des Einmüßereineinfuhrzolls für Herrn v. Bethmann Hollweg diskutabel.

An demselben Geleise bewegen sich die Ausführungen der andern Regierungsbekanntesten. Interessant daran war lediglich der Widerspruch zwischen den Ausführungen des preussischen Landwirtschaftsministers v. Schorlemer und des Staatssekretärs Dr. Velbrück. Ersterer bekräftigt entschieden, daß die Futtermittelzölle eine Vertenerung der Futtermittel herbeiführen. Der Zweite gab unumwunden zu, daß die Zollpolitik darauf ausgeht, die Preise zu erhöhen. Wer von beiden hat nun eigentlich recht? Eine recht unangenehme Aufgabe hatte der Zentrumsabgeordnete Giesberts zu lösen, der als Arbeiterführer sich gegen die Vereinfachung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes und gegen die Zulassung von argentinischem Geflügel auszusprechen mußte. Das Einmüßereineinfuhrzoll hält er auch für bedenklich. Zudem für eine Vereinfachung ist er nicht zu haben, höchstens für eine Einmüßerung. Somit ist aus der Debatte bemerkenswertes Neues nicht hervorzuheben. Eine vorzügliche Rede hielt der föderalistische Landwirt Dr. Wendorf, der den Regierungsbekanntesten auf Grund seiner praktischen Erfahrungen manche bittere Wille zu schlingen gab. Leider machen derartige sachverständige Ausführungen auf unsere Regierungsbekanntesten keinen Eindruck, da für sie einzig und allein der Profit der Agrarier ausschlaggebend ist.

So verließ die dreitägige Reichslandschaft wie das Gerberger Schiefen. Trägend welche Herdenstangen darf das deutsche Volk nicht erhoffen; es bleibt alles beim Alten.

Zum Anschluß an die Beipredung fand dann noch eine Abstimmung statt über einen sozialdemokratischen Antrag, daß der Reichstag beschließen möge, die Behandlung der Feuerungsinterpellation durch den Reichstanzler entwerde nicht seiner Anbahnung. Dieser Antrag wurde mit 174 gegen 140 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt. Die Widerheit setzte sich zusammen aus Sozialdemokraten und Fortschrittlichen.

Ein Schiedsgericht für die Angestelltenversicherung. Im „Reichsanzeiger“ ist Ende voriger Woche nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats eine kaiserliche Verordnung veröffentlicht worden, die besagt:

„Für die Angestelltenversicherung wird ein Schiedsgericht in Berlin, und zwar für das Reichsgebiet, errichtet.“

Diesem Schiedsgerichte wird die Entscheidung auch in solchen Fällen zugewiesen, in welchen es sich um Versicherte oder Angehörige handelt, die außerhalb des Gebietes des Deutschen Reiches wohnen oder beschäftigt sind.“

Die Krankentafeln, welche auf Grund der Reichsversicherungsordnung weiter fortzubehalten sollen, müssen nach kaiserlicher Verordnung bis zum Ablauf dieses Jahres einen Antrag auf Zulassung nach dem neuen Gesetz bei dem zuständigen Versicherungsamt stellen. Wird ein solcher Antrag nicht oder erst nach dem 31. Dezember gestellt, so wird die Kasse von Amts wegen aufgelöst.

Ueber diese Vorschriften sind viele Kreise nicht unterrichtet. Vielfach wird angenommen, daß die Krankentafeln von den Behörden aufgefordert würden zur Einreichung des Antrages auf Zulassung, oder daß diese Aufforderung noch offiziell in den Amtsblättern erfolge. Dies ist nicht der Fall. Wenn sich also die Krankentafeln vor unangenehmen Uebertragungen sichern wollen, tun sie gut daran, sobald als möglich den Antrag einzubringen.

Arbeiterbewegung. In Belber i. Hols. haben vor etwa 14 Tagen die Arbeiter über die Baubeschlagfabrik von Weidmann die Sperre verhängt. Als Antwort darauf hat der Fabrikantverein beschloffen, 25 Proz. der in den ausgeschlossenen Betrieben beschäftigten Arbeiter auszuschließen. In Betracht kommen etwa 8000 Mann. — Eine ernste Bewegung droht im Schenkgewerbe von Pirna aus auszubrechen. Die Wider hatten Forderungen gestellt, und als die Unternehmer zu geringe Zusicherungen machten, die Müdigkeit einereicht. Es handelte sich dabei um 30 Betriebe mit insgesamt etwa 450 Arbeitern, die zum Teil zu Hause arbeiten. Auf dem Verhandlungswege ist es gelungen, für etwa die Hälfte der Betriebe und der Arbeiter eine Einigung herbeizuführen. In der andern Hälfte dauert die Bewegung nach an. Sie hat insofern noch eine Ausdehnung erfahren, als von den betreffenden Firmen auch den Maschinenarbeitern und Fertigmachern gekündigt worden ist. — Der Streik in der Rührer Metallfabrik in Rührerzeit seinem Ende entgegen, da der größte Teil der Meister und Gehilfen die Arbeit wieder aufgenommen hat, nachdem die meisten Fabrikanten die höhere Preise für das Rohmaterial zum Teil reduziert oder höhere Löhne für das fertige Schlagmaterial zu bezahlen sich bereit erklärt haben. — Bei 10 Berliner Firmen haben die im Zentralverein der Bildhauer Deutschlands organisierten Holzbildhauer wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. — Das technische Personal der Theater in München hat einen neuen Tarifvertrag aufgestellt. Die vor dem Einigungsamt angelegten Verhandlungen hatten keinen Erfolg, da die Theaterdirektoren es ablehnten, mit Vertretern der Organisation zu verhandeln. Darauf ist über die vereinigten Münchener Theater für das technische Personal die Sperre verhängt worden. — Die in der Berrenkonfektion beschäftigten Schneider in Berlin haben, wie bereits mitgeteilt, ihren Tarif zum 1. März 1913 gekündigt. In dem neuen Tarifentwurf fordern sie neben einer allgemeinen Lohnerhöhung für Werkstattarbeiter die neunmündige für Heimarbeiter die zehnmündige Arbeitszeit. An Sonnabenden und den Tagen vor gesetzlichen Feiertagen soll die Arbeitszeit um 4 Uhr enden, vor Eltern, Vätern und Weibern um 1 Uhr. Insbesondere wird auch ein Sommerurlaub und die Lieferung der Zutaten gefordert.

In Paris sind die Schriftsteller in eine Bewegung eingetreten, um neben einer Lohnerhöhung den Neunmündigkeit zu erringen. In denjenigen Tuckereien, wo bis zum 5. Dezember diese Forderungen nicht bewilligt worden sind, soll die Arbeit niedergelegt werden.

Nachträge zur päpstlichen Enzyklika. Gemäß einem Beschlusse ihres außerordentlichen Kongresses in Eilen haben sich die christlichen Gewerkschaften mit einem Aufrufe an ihre Mitglieder gewandt, in dem betont wird, daß die Eilener Tagungsarbeit und Sicherheit für die Organisation gebot habe. Die Feinnahrung sei vorüber

und das Bemühen der Gegner, Zerrüttung in ihre Reihen zu tragen, vergeblich gewesen. Der Gewerkschaftskongress habe von neuem die Uner-schütterlichkeit zu den alten bewährten Grundfäden präzisiert, nachdem durch die Kundgebung maßgebender kirchlicher Instanzen die Mitaliederkeit und Mitarbeit in den christlichen Gewerkschaften ausdrücklich gestattet sei und alle Beschränkungen wegen der zentralen Organisationsform und der Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften aus dem Wege geräumt seien. Der Aufruf schließt mit einem Appell zu eifriger Agitation und mit der Mahnung, Vertrauen zu den Führern zu haben.

Ob das Selbstbewußtsein und die Befriedigung, die aus dem Aufrufe sprechen, den christlichen Führern wirklich aus dem Herzen kommen?

In die Zeit der Veröffentlichung dieses Aufrufs fällt eine Preßnotiz, wonach der Reichstanzler v. Bethmann Hollweg am 27. November einen bekannten Führer der Zentrumsparthei des Reichstages zu sich gebeten und ihm mit voller Bestimmtheit erklärt habe, daß die jüngste päpstliche Enzyklika über die Arbeiterorganisationen das letzte sei, was sich die preussische Regierung von der Studie an Eingriffen in die Rechte des Staates und in die Selbständigkeit der nichtkonfessionellen Arbeiter und sonstigen Verbände habe bieten lassen. Sollte wieder derartiges vorkommen, werde die Regierung unbedingt die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan einstellen.

Das klingt ja sehr energisch. Warten wir ab, wie die Regierung sich zu der Angelegenheit in Wirklichkeit stellen wird! Auch wir haben in der päpstlichen Enzyklika sofort einen Eingriff in die Koalitionsfreiheit der deutschen Arbeiter erblickt und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß sich der deutsche Reichstag deshalb mit dieser Frage beschäftigen werde. Wenn ohne Nachricht über die Auslösung des Reichstages tritt, dann können ja die darauf bezüglichen Reichstagsverhandlungen recht interessant werden.

Die Früchte der eigenen Erziehung haben vergangene Woche Beamte des „Freien“ Transportarbeiterverbandes in Berlin zu kosten bekommen. Im sozialdemokratischen Gewerkschaftshaus fand am Dienstag eine Versammlung von arbeitslosen Transportarbeitern statt, in der mehrere Vorstandsmitglieder derart bedrängt wurden, daß sie sich gezwungen sahen, durch einen Nebeneingang den Saal zu verlassen. Seit einiger Zeit ging durch den Transportarbeiterverband in Berlin das Gerücht, der Stellenermittler Stierling bedrohe bei der Behebung von Stellen seine Freunde und Bekannten, gegen die andern aber lege er die größte Grobheit an den Tag. Als nun in jener Versammlung der genannte Beamte mit dem Vorsitzenden des Transportarbeiterverbandes Werner und einigen andern Vorstandsmitgliedern im Saale erschienen, wurden sie von den zahlreichen Arbeitslosen mit Schmähsprüchen empfangen. Vergeblich versuchte Werner die Versammlung zu beruhigen; es war ihm nicht möglich, Ordnung zu schaffen. Die Erregung war so groß, daß schließlich eine Zahl von Leuten auf das Podium stürmte, das Vorstandsstisch umwarf und die Vorstandsmitglieder tätlich angriff, jedoch sie flüchten mußten. Bald darauf erschien ein Polizeikommissar mit acht Schutzleuten auf der Bildfläche. Infolge der Angriffe hatten sich bereits in Sicherheit gebracht, da der Konom des Gewerkschaftshauses das Licht ausgelöscht und dadurch weitere Szenen unmöglich gemacht hatte.

Jeder aufrichtige Freund der Arbeiterbewegung muß derartige Vorkommnisse, die lebhaft an Vorgänge bei der ersten Gewerkschaftswahl in Berlin erinnern, wo in einer unserer Versammlungen die Verbändler die Bühne stürmten und die Tische umwarfen, auf das allerheftigste bedauern. Sind sie doch nur allzusehr geeignet, die Arbeiterbewegung in Mißkredit zu bringen und die Achtung vor den Organisationen zu mindern. Es ist nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, ob die gegen den Arbeitsvermittler erhobenen Vorwürfe berechtigt sind oder nicht. Etwas muß wohl daran sein, sonst hätte man für die gereizte Stimmung keine Erklärung. Daß aber solche Szenen sich überhaupt zugetragen konnten, wirft ein schlechtes Licht auf die Erziehungs- und Aufklärungsarbeit, die an den „Genossen“ geleistet wird. Wo stets und ständig darauf hingearbeitet wird, die Autorität zu untergraben, da braucht man sich schließlich auch nicht zu wundern, wenn die Opfer solcher Bildungsarbeit sich schließlich gegen die eigenen Lehrmeister wenden.

Die „Golzarbeiter-Zeitung“ quasselt über unsere letzte Notiz, die wir über den paritätischen Arbeitsnachweis in der Berliner Holzindustrie brachten. Der Unterschied zwischen unserer Darstellung und der der „Golzarbeiter-Zeitung“ liegt darin, daß wir behauptet hatten, die Mitgliedsbücher würden bei der Arbeitslosenmeldung abgegeben, während die „Golzarbeiter-Zeitung“ behauptet, dieselben würden zur Erleichterung der auszubehelnden Unterstützung am Freitag abgegeben. Nun kommt es doch nicht darauf an, an welchem Tage die Bücher abgegeben werden, sondern darauf, daß sie überhaupt abgegeben werden.

Die „Golzarbeiter-Zeitung“ gibt dies zu und bestätigt damit, daß auf dem „paritätischen“ Arbeitsnachweis reine Verbandsangelegenheiten des Deutschen Golzarbeiterverbandes erledigt werden. Wenn die „Golzarbeiter-Zeitung“ noch etwas von „im Interesse der Gelsen“ faßelt, so beweist das nur, zu welchen verlogenen Mitteln sie greifen muß, um den Kern zu vertuschen und die Aufmerksamkeit von den Tatsachen abzulenken.

Die 471. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltung findet am Sonntag, den 8. Dezember, abends 7 Uhr im Kongressaal der Königl. Hochschule für Musik (Gardenbergstraße) statt. Es werden mitwirken: Die Berliner Liedertafel unter Leitung ihres Dirigenten Herrn W. Wiedemann, Fräulein Martha Künzel (Klavier), Herr Rolf Roberts (Rezitation).

Die 4. Volksvorstellung der Generalintendantur der Königl. Schauspiel in dieser Saison findet am Montag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr im Neuen Königl. Operntheater (Kroß) statt. Zur Aufführung gelangt: „Sappho“, Trauerspiel von Fr. Grillparzer. Der Billetverkauf erfolgt — wie bisher — in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltung.

Gewervereins-Zeil.

Duisburg-Eaar. Am Samstag, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Herrn Schrauben Vortragsabend statt. Herr Oberlehrer Krosch-Gamborn behandelt das Thema: „Die preußische Verfassung“. An die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute, ebenso aber auch an alle übrigen Kollegen ergeht die Aufforderung, teilzunehmen an den einzelnen Vortragsabenden. Wer einen besuch hat, wird vollumfänglich befriedigt sein und bestimmt an den folgenden Abenden pünktlich erscheinen. Wer sein Wissen und Können bereichern will, hat am Samstag, den 14. Dezember, hierzu die beste Gelegenheit.

Hoyerswerda. Am 23. November fand hier selbst eine vom Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter einberufene Versammlung statt, die aber auch von Gästen aus den Kreisen der Ortsvereine der Schuhmacher und Bedarbeiter und der Fabrik- und Handarbeiter besucht war. Der Bezirksleiter Kollege Herbig-Göllig hielt einen Vortrag über das

„Abebegeß und die Winterlichenenfürsorge“. Der Redner verband es, in leicht faßlicher Weise den Zuhörern die Vorteile und Nachteile des Geheges vor Augen zu führen, so daß ein jeder belehrt über die gesetzlichen Vorschriften und befreit von dem Gehörten das Lokal verließ und erwartet werden kann, daß, wenn der Redner Anfang nächsten Jahres über die Krankenversicherung und die Wahlen zu den verschiedenen Kantonsparlamenten sprechen wird, die Teilnehmer dieser Versammlung wieder erscheinen werden. Es wäre aber weiter zu wünschen, daß sich auch die übrigen Mitglieder mehr für derartige Vorträge aus der sozialpolitischen Geschehung interessieren. Die Reichsversicherungsordnung bringt neue Neuerungen, daß die Versicherten gar nicht genug aufgeklärt werden können. Die Gewerkschaften erwerben sich durch diese Aufklärungsarbeit ein großes Verdienst um die Arbeiterschaft. Mögen sie darin nicht erlahmen, dann wird auch die Sympathie für unsere Bestrebungen im Doherswerder Kreise wachsen, dies umso mehr, als die Gewerkschaft die einzig neutrale Organisation sind, welche für geringe Beiträge ihren Mitgliedern in allen Lebenslagen treu und hilfreich zur Seite steht. x.

Verbands-Zeil.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (G. D.). Verbandsbüro der Deutschen Gewerkschaften, Greifswalderstr. 221-223. Mittwoch, 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr Korrespondenz des Kollegen Poithoff über: „Die Reform des Arbeitsrechts“. Gäste willkommen. — **Gewerkschafts-Liedertafel (G. D.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr Liedertafel im Verbandsbüro d. Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste wll. — **Sonabend, den 7. Dezember. Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung im Nordwest-Rajino, Alt-Roabit 55-56. Wahl des Vorstandes usw. Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsbescherung. Die Bescherung findet im Moabiters Gesellschaftshaus, Willestr. 24, statt. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Abends 9 Uhr Generalversammlung im Ref. Schulz, Tempelhofer Ufer 6. Vorstandswahl. Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsbescherung. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Abends 8 1/2 Uhr Vorstandssitzung, Gerichtstr. 71. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Abends 8 1/2 Uhr im Verbandsbüro, Greifswalderstr. 221-223. Vortrag des Kollegen Schumacher über: „Eine Wanderung durch die wichtigsten Industriegebiete Deutschlands“. Letzte Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsbescherung. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XI.** Versammlung im Markthallen-Restaurant, Arminiusplatz. Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsbescherung in den Verz. und bis 14. Dez. beim Kollegen Wegener, Oberfeldstr. 5 Hof II. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XII.** Abends 8-10 Uhr Jubiläum bei Frau, Ruttloffstr. 51. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XIII.** Abends 8 1/2 Uhr Schönhauser-Allee 66. Monatsbericht. Vortrag des Kol. Jordan über die Krankenpflege. Letzte Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsbescherung. Einlegung der Dankschreiben.

Orts- und Bezirksverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr Vertreterversammlung in Burhop's Gesellschaftshaus, Reffenstr.; Bremen (Distriktsklub). Jeden Donnerstag abends 9 Uhr bei Burhop, Reffenstr. 21-23. — **Leitbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowerstr. 42.

Deffau. Gewerkschafts-Liedertafel jeden Mittwoch, abends 8-11 Uhr Liebigstr. 1. Vereinskl. „Hofan“, Marktstr. — **Dahlemburg (Volkswirtschaftsklub).** Jeden Montag, abends 8-11 Uhr Sitzung i. Verbandsbüro, Rurfürkenstr. 23. — **Ebersfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkämpfer, Ebersfeld, Eulienstr. und Erlingstr. — **Frankfurt a. M. (Gewerkschafts-Liedertafel).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr Liebigshunde im Vereinslokal, Reichstr. 16. Verbandskollegen herzlich willkommen! — **Geisenhagen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Ortsverband-Vereinsversammlung im Verkehrslokal von E. Simon, Alter Markt. — **Gaasen b. Nauen.** Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr Diskussionsabend bei Wuberg's. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Bühnen“, Lagerstraße 2. Diskussionsabend. — **Hamburg (Gewerkschafts-Liedertafel).** Jeden Donnerstag Liebigstr. b. Thüner in Altona, Einheitsstr. 48-50. — **Hannover-Kinder und Jungend (Ortsverband).** Monatsfeier der Jugend, am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats morgens 10 Uhr in Bienen bei Herrn Steinmeier. — **Hannover-Kinder und Jungend (Ortsverband).** Sonntag, 8. Dezember, nachm. 4 Uhr Ortsverband-Vereinsversammlung in der „Königsruhr“, Brühlstr. 12. Tagesordnung daselbst. Guter Besuch dringend erwünscht. — **Herne in Westf. (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat vorm. 11 Uhr Vertreterversammlung bei Wittwe Wiltz, Ruhe, Herne, gegenüber der evang. Kirche. — **Hersdorf (Gewerkschafts-Liedertafel).** Die Liebigshunde finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Eberburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Hilfheim-Kruse.** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 10 1/2 Uhr, Vertreterversammlung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. — **Stettin (Sängerkorps d. Gewerkschaften).** Die Liebigshunde finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal „Nebel“, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich wll. — **Tegelein (Diskussionsklub für Tegelein, Borsigwalde u. Reichensdorf).** Sitzung jeden Dienstag, abends 8-10 Uhr bei Kömer, Schlieperstraße 28, Ecke Schnebergstraße. — **Thorn (Väcker).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Mauerstr. 62. — **Werkmünde u. Umgegend (Ortsverband).** Am 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr Generalversammlung in Torgelow. — **Weißenfels a. S. (Gesangsabteilung der Gewerkschaften).** Liebigshunde jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangsabteilung der Ortsvereinskollegen herzlich willkommen. — **Weißenfels (Ortsverband).** Jeden 1. Sonnabend im Monat Diskussionsklub in Hermann's Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9 1/2 Uhr, Singhunde im Verbandslokal „Reintal“.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren.
Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.
Grundlagen und Regelung der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes. Preis 20 Pf. 10 Stück M. 1.50.
Die Konzentrationsbewegung bei den deutschen Gewerkschaften. Von Dr. Alexander Wendt. Preis 2 M. Carl Heymanns Verlag, Berlin.
Ausleihe und Anpassung der Arbeiterschaft in der Volkswirtschaft. Von Dr. Elise Herrmann. Preis 1.50 M. Verlag von Duncker u. Humblot, München und Leipzig.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!

Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die

Frauen-Vergnügungs-Klasse

des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften.

Eintrittsgeld 25 Pf. • Aufnahme vom 15. bis 31. Jahre ohne ärztliche Untersuchung.

Versichertes Vergnügungsgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark. Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewünschten Versicherungssumme und des Beitrütsalters 3 bis 9 Pf.

Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen.

Flughäuter und Material versendet das Verbandsbüro:

Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Wangen. Durchreisende etc. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei G. Gerbe, Kornmarkt 9.

Worms (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten 60 Pf. Ortsbeitrag beim Kol. Otto Schneider, Entenmarkt Nr. 24 II.

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3.—

Man ist in der Lage zu liefern, weil ich ganze Bagen aus den besten Fabriken, besonders aus den folgenden, besitze: 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3.50 Mk., 100 Stück feine 6 Pfg.-Zigarren für 3 Mk., 100 Stück feine 5 Pfg.-Zigarren für 2.50 Mk., 100 Stück feine 4 Pfg.-Zigarren für 2 Mk., 100 Stück feine 3 Pfg.-Zigarren für 1.50 Mk. Die Zigarren sind in besonderer Qualität. — 100 Stück feine 2 Pfg.-Zigarren für 1.00 Mk. Die Zigarren sind in besonderer Qualität. — 100 Stück feine 1 Pfg.-Zigarren für 0.50 Mk. Die Zigarren sind in besonderer Qualität. — 100 Stück feine 0.50 Pfg.-Zigarren für 0.25 Mk. Die Zigarren sind in besonderer Qualität.

Rothenbach und Umgegend (Ortsverband). Reiseunterstützung, 65 Pf., erhalten durchreisende Gewerkschaftler beim Kollegen Gust. Pödel, Baurerstr. Nr. 87, Rothenbach 1. Schl. Verbands-Herberge: Bahnhof zum Klara-Schacht.
Hilberath a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkschaftler erhalten 1 M. Ortsbeitrag, beim Ortsverbandskassierer J. Schneider, Sautangerstr. 2A, Herberge zum roten Döfen, Marktplatz.
Stenach u. Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pf. vom Ortsverbandskassierer D. Bennewitz, Rennbahnstraße 54.
Werkmünde und Umgegend (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkschaftler erhalten 1 M. Ortsbeitrag, beim Ortsverbandskassierer J. Schneider, Sautangerstr. 2A, Herberge zum roten Döfen, Marktplatz.
Worms (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsbeitrag von 75 Pf. im Verbandslokal „Zum Reintal“ (Rheinstr. 4).
Weißenfels a. S. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützungskarten auf dem Bureau der Schuhmacher und Bedarbeiter, Kollege K o g, Leipzigerstr. 26.
Sprottau-Gelau (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkschaftler erhalten eine Unterstützung von 75 Pf. beim Verbandskassierer Kollegen G. Schiener in Sprottau, Glogauerstraße 10. Arbeitsnachweis ebenfalls.
Wernitz (Ortsverband). Durchreisende Arbeitslose erhalten Unterstützung von 75 Pf. beim Verbandskassierer Otto Wende, Eulienstraße 15.